

# **PRESSEDIENST**

**03.06.2024**

Neue Studie des WSI

## **Befragung zur EU-Wahl in 10 Ländern: Teilhabemöglichkeiten im Job und gute Arbeitsbedingungen positiv für demokratisches Klima – Transformationssorgen bedrohen es**

Arbeitsbedingungen haben europaweit einen Einfluss darauf, wie Erwerbspersonen zur Demokratie stehen. Das zeigt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, für die rund 15.000 Erwerbstätige und Arbeitsuchende in zehn EU-Ländern befragt worden sind. Erwerbspersonen, die unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind, bei denen die Bezahlung nicht stimmt und die im Job wenig Mitsprachemöglichkeiten haben, haben in Deutschland und zahlreichen weiteren untersuchten Ländern überdurchschnittlich oft negative Einstellungen gegenüber der Demokratie in ihrem Land und gegenüber Zugewanderten. Zudem fühlen sie sich stärker von der Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt bedroht. Bessere Arbeitsbedingungen korrelieren hingegen mit positiveren Einstellungen zur Demokratie und einem höheren Vertrauen in deren Institutionen. Dies gilt auch für das Vertrauen in die Europäische Union.

Für die Studie wurden pro Land je 1500 Erwerbspersonen befragt, also Menschen, die erwerbstätig oder arbeitsuchend sind. Die Umfragen fanden online im November und Dezember 2023 in Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien, Schweden und Ungarn statt, also in Ländern, die sich bei der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage ebenso unterscheiden wie in institutionellen Strukturen der Politik, am Arbeitsmarkt und bei den industriellen Beziehungen. Die Befragung deckt die Erwerbspersonen in den jeweiligen Ländern in Hinblick auf Alter, Geschlecht und Bildung repräsentativ ab. Sie erlaubt jedoch keine detaillierte Vorhersage der Wahlen, da sie nicht auf einer Zufallsstichprobe basiert. Es lassen sich aber belastbare Zusammenhänge, zum Beispiel zwischen Einstellungen zur Demokratie und Arbeitsbedingungen, aufzeigen.

Bei der Europawahl können 350 Millionen Wahlberechtigte über die Zukunft Europas entscheiden, viele davon sind Erwerbspersonen. In Umfragen werden starke Zuwächse für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien vorhergesagt. „Von der Studie gehen drei Botschaften aus: Erstens zeigt sie, dass schlechte Arbeitsbedingungen und das sich daraus ergebende Potenzial für Frust sowie Benachteiligungs- und Ohnmachtserleben in allen untersuchten Ländern ein Nährboden für die Entstehung anti-demokratischer Einstellungen sind, die dann von rechten Parteien mobilisiert werden können. Zweitens

Ansprechpartner in der  
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch  
Wissenschaftliche Direktorin WSI  
Telefon +49 211 7778-186  
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung  
Leiter Pressestelle  
Telefon +49 211 7778-150  
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliches Institut  
der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de  
www.boeckler.de  
www.wsi.de

stärken gute Arbeitsbedingungen das Vertrauen in die EU und das selbst in den Ländern, in denen EU-ablehnende Parteien regieren oder bis vor kurzem regiert haben. Drittens stärken Transformationsorgen extrem rechte Parteien. Progressive Kräfte in der EU sollten daher ein Interesse daran haben, diese Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten. Die Arbeitswelt ist europaweit relevant, um den Aufstieg der politischen extremen Rechten zu verstehen und zu bekämpfen“, fasst Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI, zentrale Ergebnisse der Studie zusammen.

„Eine wichtige Rolle spielen etwa faire Bezahlung, das Gefühl, bei Arbeitsmenge und Arbeitszeiten nicht dem Arbeitgeber ausgeliefert zu sein sowie Beteiligungsrechte im Job, wie sie insbesondere durch Gewerkschaften und Institutionen der Mitbestimmung vorangetrieben werden – etwa in Deutschland durch Betriebs- und Personalräte“, so Kohlrausch. „In den meisten Ländern zeigen sich ähnliche Zusammenhänge: Wer bessere Arbeitsbedingungen hat, fühlt sich gesellschaftlich integrierter und steht der Demokratie positiver gegenüber“, sagt die Soziologin. „Mit Blick auf die Transformationsherausforderungen durch Digitalisierung und Klimakrise macht das klar, wie wichtig eine sozial gerechte und mitbestimmte Ausgestaltung gerade auch am Arbeitsplatz ist.“

In empirischen Studien konnte das WSI bereits für Deutschland zeigen, dass es zwischen den Erfahrungen, die Menschen im Kontext von Erwerbsarbeit machen, und ihren Einstellungen zur Demokratie einen Zusammenhang gibt. Je stärker Erwerbsarbeit Erwerbspersonen materielle Teilhabe, demokratische Mitbestimmung und soziale Anerkennung garantiert, desto seltener neigen sie zu anti-demokratischen Einstellungen. Ob sich ähnliche Zusammenhänge auch für andere EU-Länder beobachten lassen, untersuchte Kohlrausch zusammen mit ihrem WSI-Forscherkollegen Dr. Andreas Hövermann sowie mit Prof. Dr. Bart Meuleman von der KU Leuven in Belgien.

### **Drei Dimensionen der Arbeitsbedingungen abgefragt**

Den Befragten wurden länderübergreifend dieselben Fragen gestellt. Diese bezogen sich auf drei Dimensionen von Arbeitsbedingungen: Erstens die Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsplatz, die WSI-Direktorin Kohlrausch auch als „wirtschaftliche Staatsbürgerrechte“ bezeichnet. Wichtig dafür ist etwa, ob Erwerbspersonen bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen oder beteiligt werden oder ob man im Betrieb offen über Gewerkschaften und Mitbestimmung sprechen kann, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Zweitens ging es um gute Arbeitsbedingungen, z.B., ob die Arbeit die Möglichkeit bietet, dazuzulernen, ob es Aufstiegsmöglichkeiten gibt oder ob die Befragten Einfluss nehmen können auf tägliche Arbeitsorganisation und Arbeitstempo. Drittens die subjektive Zufriedenheit mit Arbeitsbedingungen, die unter anderem zentrale Aspekte sozialer Anerkennung umfasst, wenn etwa gefragt wird, inwiefern die Befragten das Gefühl haben, dass ihre Leistungen mit dem Gehalt angemessen

gewürdigt werden. Außerdem wurde erfasst, ob die eigenen Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Leben und Erwerbsarbeit ermöglichen oder nicht (die genauen Wortlaute der gemessenen Aussagen finden sich in Abbildungen 1-3 im Anhang).

*Detaillierte Befunde der Untersuchung:*

### **Wahlabsichten bei der Europawahl, Zufriedenheit mit der Demokratie und ihren Institutionen**

„Der Blick auf die bevorstehende Europawahl ist beunruhigend“, konstatieren Kohlrausch, Hövermann und Meuleman. Wie in anderen Befragungen zeichnet sich ab, dass eine beträchtliche Anzahl an Wähler\*innen Parteien der extremen Rechten zuneigt. Gleichzeitig gilt aber auch, dass die Mehrheit der Erwerbspersonen in allen Ländern weder vorhat, rechts zu wählen noch in der Vergangenheit rechts gewählt hat. Überdurchschnittlich oft planen Männer und Erwerbspersonen mit niedrigen Schulabschlüssen, ihre Stimme einer extrem rechten Partei zu geben. Auch Menschen mit negativen Einstellungen gegenüber Zugewanderten planen häufiger, eine extrem rechte Partei zu wählen.

Wichtig ist nach Analyse der Forschenden zudem, dass der Wahlerfolg extrem rechter Parteien nicht direkt mit dem Einstellungsklima in einem Land – also etwa der Verbreitung anti-demokratischer Einstellungen korreliert. So sind zum Beispiel populistische oder muslimfeindliche Einstellungen in nahezu allen Ländern weit verbreitet. Trotzdem unterscheidet sich das Ausmaß des Zuspruchs zu extrem rechten Parteien erheblich von Land zu Land. Hier scheint auch die Angebotsseite der Politik, zum Beispiel das jeweilige Parteienspektrum, und der Einfluss extrem rechter Parteien eine wichtige Rolle für die Wahlpräferenzen in den jeweiligen Ländern zu spielen.

In allen untersuchten Ländern wird das Prinzip der Demokratie von einer Mehrheit der Befragten als sehr wichtig erachtet, jedoch ist die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie im Vergleich zu dieser grundsätzlichen Wertschätzung schwächer und unterscheidet sich stark von Land zu Land.

Bemerkenswerter Weise zeigt sich auch kein einheitliches Muster beim Zusammenhang von Zufriedenheit mit der Demokratie und der Zustimmung zu rechten Parteien. In vielen Staaten neigen Befragte, die mit der Demokratie zufrieden sind, seltener Rechtsaußenparteien zu, der statistische Zusammenhang ist aber meist schwach. In Deutschland und Spanien ist er hingegen stärker ausgeprägt.

### **Sondersituation in Ungarn, Polen und Italien**

Ganz anders ist das Bild in Ungarn, Polen und Italien, wo Rechtsparteien an der Regierung sind oder bis vor kurzem waren. Dort zeigt sich der gegenteilige Effekt: Je höher die Zufriedenheit mit der Demokratie, desto höher die Wahlabsicht für eine extrem rechte Partei. Das mache deutlich,

dass Menschen ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie haben und auch der Demokratiebegriff „von rechten oder totalitären Regimen erfolgreich für sich instrumentalisiert werden kann“, so die Forschenden. „Dabei haben die Fidesz-Regierung in Ungarn und die vormalige PiS-Regierung in Polen die Medienfreiheit, den Rechtsstaat und die demokratischen Möglichkeiten insgesamt ja spürbar beschnitten“, betont WSI-Forscher Hövermann. Analog dazu zeigt sich für Ungarn, Polen und Italien, dass im Gegensatz zu den anderen europäischen Ländern das Vertrauen in Institutionen mit mehr extrem rechter Parteiwahl einhergeht – ein klares Zeichen des Einflusses rechter Parteien auf die dortigen Institutionen. Zudem verdeutliche dies, dass etablierte politikwissenschaftliche Zusammenhänge, wonach mehr Institutionenvertrauen mit weniger rechter Parteiwahl einhergehe, für Länder mit extrem rechten Regierungen nicht gleichermaßen weitergelten, sondern deutlich komplexer geworden seien.

Zudem zeige sich lediglich in Polen, Ungarn und Italien ein Muster, dass „anti-elitäre“ populistische Ansichten nicht mit einer erhöhten Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien einhergehen. In Ungarn sei es sogar so, dass diese mit einer geringeren rechten Wahlpräferenz assoziiert seien. Wenn die populistische extreme Rechte an der Macht ist, könne es also passieren, dass sie ihre Glaubwürdigkeit verliere, den Willen „des Volkes“ zu vertreten. So könne sich das Anti-Establishment-Element des Populismus und die Unzufriedenheit mit der Demokratie sogar gegen die populistischen Kräfte an der Macht wenden.

In Polen, Ungarn und Italien wirkt zusätzlich ein anderer Zusammenhang: Fragt man nach dem Vertrauen in die EU, geht dieses wie in allen anderen betrachteten Ländern auch, eher mit einer geringeren Wahlneigung nach weit rechts einher. Hier zeigt sich, dass das Vertrauen in die EU, auch in Ländern, die von extrem rechten Parteien regiert werden, demokratische Haltungen stärkt.

### **Demokratische Teilhabeerfahrungen im Job und gute Arbeitsbedingungen stärken meist die Demokratie insgesamt**

In allen zehn Ländern zeigt sich: Demokratische Teilhabemöglichkeiten am Arbeitsplatz stärken demokratische Haltungen der Beschäftigten, so die WSI-Studie. Das gilt auch, wenn sonstige soziodemografische Faktoren statistisch kontrolliert werden, was die Relevanz des Zusammenhangs zwischen Arbeitsbedingungen und Haltungen zur Demokratie unterstreicht, da die beobachteten Unterschiede nicht mit anderen Faktoren, wie zum Beispiel einer höheren Bildung von Befragten mit mehr Demokratievertrauen, zu erklären sind. Erwerbspersonen, die ihren Arbeitsalltag mitgestalten können und Mitspracherechte am Arbeitsplatz haben, sind in allen untersuchten Staaten zufriedener mit der Demokratie (siehe auch Abbildung 1 im Anhang). In sieben Ländern hat Demokratie in diesem Fall auch einen höheren Stellenwert für die Befragten. Ebenfalls in allen Ländern korreliert größere demokratische Teilhabe im Job mit einem höheren Vertrauen in die Institutionen sowie mit positiveren Einstellungen gegenüber Zuwanderung. Außerdem zeigt

sich in allen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen der Erfahrung demokratischer Teilhabemöglichkeiten bei der Arbeit und mehr Vertrauen in die EU. Auch hier bestätigt sich, dass das Vertrauen in die EU demokratische Haltungen stärkt.

Befragte mit demokratischen Teilhabeerfahrungen in der Arbeit sind in den meisten Ländern dort zu finden, wo auch eine Mitarbeiter\*innenvertretung, wie in Deutschland die Betriebs- und Personalräte, existiert. „Betriebliche Interessenvertretungen erweisen sich also auch in dieser Studie als wichtige Ermöglicher demokratischer Teilhabe und guter Bedingungen bei der Arbeit“, erklärt WSI-Forscher Hövermann.

Sehr ähnlich sind in den meisten untersuchten Staaten die Zusammenhänge zwischen guten Arbeitsbedingungen und der demokratischen Integration von Erwerbspersonen. In den allermeisten betrachteten Ländern sind Erwerbspersonen zufriedener mit der Demokratie und schätzen sie grundsätzlich stärker, haben ein höheres Vertrauen in die nationalen Institutionen und die EU sowie eine positivere Einstellung zur EU und zu Zuwanderung, wenn ihnen die Arbeit die Möglichkeit lässt, dazuzulernen, oder sie auf die tägliche Arbeitsorganisation und das Arbeitstempo Einfluss nehmen können, wenn sie angemessen bezahlt werden, ihre Arbeitszeiten auch Raum für die Familie lassen und sie Anerkennung im Job verspüren (siehe Abbildungen 2 und 3).

Während in allen untersuchten Ländern sehr deutliche Zusammenhänge zwischen den Bedingungen in der Arbeitswelt und dem demokratischen Klima zu finden sind, ergibt sich mit Blick auf die Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien ein weniger klares Bild. Hier ist zu bedenken, dass sich die Angebotsseite des Parteienspektrums in den Ländern sehr unterscheidet und Vergleiche somit nur eingeschränkt möglich sind.

In Deutschland und Schweden äußern Befragte mit mehr Teilhabemöglichkeiten im Job spürbar seltener eine Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten, in Spanien sind vor allem die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und in Schweden zudem noch gute Arbeitsbedingungen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, extrem rechte Parteien zu wählen, assoziiert. In den meisten anderen Ländern ist dieser Effekt ebenfalls vorhanden, aber nur schwach ausgeprägt.

In Ungarn und Polen, und etwas weniger ausgeprägt in Italien, zeigt sich erneut ein gegenläufiger Trend. Berücksichtigt man den Befund, dass in allen betrachteten Ländern – also auch in Ländern, in denen rechte Regierungen die nationalen Institutionen prägen konnten – wirtschaftliche Staatsbürgerrechte mit höherem Institutionenvertrauen einhergehen, scheinen gute Arbeitsbedingungen auch gewisse systemstabilisierende Effekte haben zu können – wie auch immer das Land politisch gefärbt ist. Jedoch korrelieren auch in Polen, Ungarn und Italien demokratische Teilhabemöglichkeiten, gute Arbeitsbedingungen und Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen auch mit einem höheren Vertrauen in die EU,

was wiederum mit einer geringeren Wahlpräferenz extrem rechter Parteien assoziiert ist. „Letzteres bedeutet, dass gute Arbeitsbedingungen durchaus das Potenzial haben, Vertrauen in die EU zu stärken, auch in Ländern, die von rechten Regierungen regiert werden“, so Hövermann. Die EU solle somit ein Interesse daran haben, Rahmenbedingungen für gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Zusammengefasst: Insgesamt sind gute Arbeitsbedingungen europaweit ein Nährboden für demokratiestärkende Einstellungen. Inwieweit sich diese dann auch in entsprechende Wahlpräferenzen übersetzen, hängt allerdings stark von der Angebotsseite des jeweiligen Parteiensystems und dem politischen Klima des entsprechenden Landes ab.

### **Sorgen vor den Auswirkungen der Transformation wirken meist negativ**

Auffällig ist schließlich, dass Job-Sorgen wegen der Transformation eine Relevanz für die Wahlpräferenz einer extrem rechten Partei haben (siehe Abbildungen 4 und 5). Konkret zeigt sich in fünf Ländern (Deutschland, den Niederlanden, Polen, Frankreich und Schweden), dass Befragte mit Transformations Sorgen, also der Angst vor negativen Auswirkungen auf die eigene Arbeit aufgrund von Digitalisierung oder der politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, eine signifikant erhöhte Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien haben. Diese Transformations Sorgen sind vor allem unter Befragten mit geringen Einkommen relevant, da sie hier in allen erfassten Ländern besonders verbreitet sind. Auch zeigt sich, dass diejenigen, die Transformations Sorgen um ihren Job haben, in den allermeisten Ländern weniger zufrieden mit der Demokratie sind und ein geringeres Institutionenvertrauen äußern.

„Wie mit den Job-Sorgen der Erwerbstätigen umgegangen wird, hat angesichts der enormen Transformations Herausforderungen somit auch für die Einstellungen zur Demokratie Konsequenzen. Berücksichtigt man die soziodemografische Verteilung dieser Sorgen, bekommt eine sozial gerechte und abgefederte Ausgestaltung der Transformation eine besondere Bedeutung“, resümiert WSI-Direktorin Kohlrausch.

Gleichzeitig machen sich in einigen Ländern diejenigen weniger Sorgen um den Wandel in der Arbeitswelt, die auch eine größere Autonomie bei der Arbeit und generell bessere Arbeitsbedingungen angeben. Entsprechend scheinen auch hier die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeiten mitzubestimmen einen Hebel dafür darzustellen, Sorgen vor der Transformation abzufedern.

### **Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung**

**Prof. Dr. Bettina Kohlrausch**  
Wissenschaftliche Direktorin WSI  
Tel.: +49 211 7778-187  
E-Mail: [Bettina-Kohlrausch@boeckler.de](mailto:Bettina-Kohlrausch@boeckler.de)

**Dr. Andreas Hövermann**

WSI

Tel.: +49 211 7778-655

E-Mail: [Andreas-Hoevermann@boeckler.de](mailto:Andreas-Hoevermann@boeckler.de)

**Rainer Jung**

Leiter Pressestelle

Tel.: +49 211 7778-150

E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

Abbildung 1.



<sup>1</sup> Gemessen über eine Skala bestehend aus der Zustimmung zu den folgenden vier Aussagen: „Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen.“, „In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.“, „Probleme oder Konflikte im Betrieb löse ich am besten gemeinsam mit den Kollegen.“ und „Wenn ich in meinem Betrieb aktiv werde, kann ich etwas zum Positiven verändern“.

<sup>2</sup> jedoch höherer Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten in Ungarn und Polen. 

Abbildung 2.



<sup>1</sup> Gemessen über eine Skala bestehend aus der Zustimmung zu den folgenden sechs Aussagen: „Meine Aufstiegsmöglichkeiten sind gut.“, „Ich kann an meinem Arbeitsplatz entscheiden, wie ich meine tägliche Arbeit organisiere.“, „Ich kann Unterstützung und Hilfe von meinen Kollegen bekommen, wenn ich sie brauche.“, „Ich kann mein Arbeitstempo selbst bestimmen oder verändern.“, „An meiner Arbeit habe ich die Möglichkeit neue Dinge zu lernen.“ und „An der Arbeit kann ich meine eigenen Ideen und Perspektiven einbringen.“

<sup>2</sup> jedoch höherer Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten in Ungarn.

Abbildung 3.



<sup>1</sup> Gemessen über eine Skala bestehend aus den Antworten auf folgende drei Fragen: „Wie zufrieden sind Sie gemessen an Ihrem Einsatz und all den erbrachten Leistungen mit Ihrem Lohn/Gehalt?“, „Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhältnis zwischen der Zeit, die Sie für Ihre berufliche Tätigkeit aufwenden und der Zeit, die Sie anderen Aspekten Ihres Lebens widmen?“ und „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Haupterwerbstätigkeit?“

<sup>2</sup> jedoch höherer Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien in Ungarn, Italien & Polen. 

Abbildung 4.

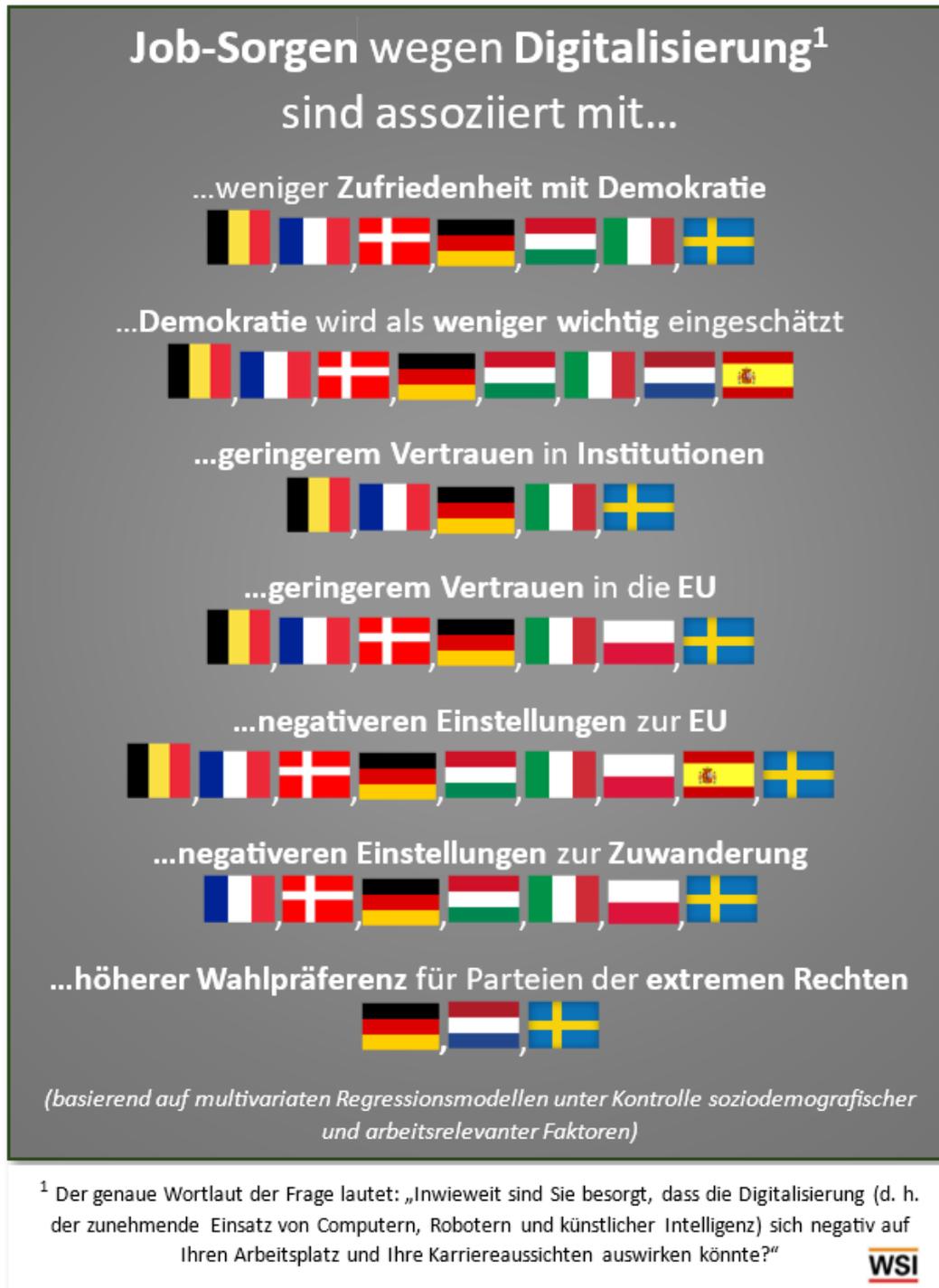


Abbildung 5.

